

Erste Erhebung Museen ziehen über 12 Millionen Besucher an

NEUBURG Die Menschen in der Schweiz gehen häufiger ins Museum als ins Kino. Insgesamt gibt es 1111 Museen. Mehr als die Hälfte der Eintritte verbuchen allerdings die 49 meistbesuchten Museen. Das zeigt die erste Museumsstatistik des Bundes. Die Zahlen belegten die grosse Bedeutung der Museen, sagte Isabelle Chassot, die Direktorin des Bundesamtes für Kultur (BAK), gestern bei der Präsentation der Statistik vor den Medien in Bern. Und sie lieferten die Grundlage für Entschiede.

Die 1111 Museen verbuchten im Jahr 2015 12,1 Millionen Eintritte. Fast drei Viertel der Museen kamen aber auf weniger als 5000 Eintritte, während 4,4 Prozent 50000 und mehr Eintritte verzeichneten. Mehr als ein Viertel aller Besuche entfielen mit 3,3 Millionen Eintritte auf Kunstmuseen.

Viel Lokales und Regionales

Durchschnittlich verbuchten Kunstmuseen 19500 Eintritte. Ebenfalls beliebt sind naturwissenschaftliche Museen mit durchschnittlich 24000 Eintritten. Am wenigsten besucht werden die regionalen und lokalen Museen (durchschnittlich 1800 Eintritte), von denen es mehr gibt als von jedem anderen Museumstyp.

Von den 1111 Museen sind 367 regionale und lokale Institutionen. Kunstmuseen folgen an zweiter Stelle (171), vor technischen (140), historischen (126) und naturwissenschaftlichen (59) Museen.

In jedem vierten Dorf ein Museum

Die Museen sind über das ganze Land verstreut. In mehr als einem Viertel der Gemeinden befindet sich mindestens ein Museum. Am meisten Museen gibt es in der Deutschschweiz, die italienischsprachige Schweiz hat die höchste Museumsdichte. (sda)

Journal

Wirtschaft ruft zur zügigen Umsetzung des Lehrplans 21 auf

BERN Organisationen aus Bildung und Wirtschaft fordern die Deutschschweizer Kantone auf, den Lehrplan 21 zügig umzusetzen. Ihnen geht es um das Fach «Medien und Informatik», das Schülerinnen und Schüler fit für das 21. Jahrhundert machen soll. Die Informationstechnologie präge den Alltag der künftigen Generationen, schreiben die Organisationen in einer Mitteilung von gestern. «In kaum einem Beruf wird man ohne Informatikkenntnisse weiterkommen.»

Doris Leuthard trifft den argentinischen Präsidenten

BUENOS AIRES Bundespräsidentin Doris Leuthard hat gestern den argentinischen Präsidenten Mauricio Macri in Buenos Aires getroffen. Die beiden vereinbarten, Wirtschaft und Handel zwischen der Schweiz und dem südamerikanischen Land zu intensivieren. Verhandlungen für ein Freihandelsabkommen Efta-Mercosur sollen noch in der ersten Jahreshälfte starten. Eine engere Kooperation sei auch in Bereichen wie der Wissenschaft, der Justiz, der Infrastruktur und den Finanzen oder im Umwelt- und Klimaschutz sinnvoll.

Heks erhielt 2016 mehr Spenden für humanitäre Hilfe

ZÜRICH Dem Hilfswerk der Evangelischen Kirchen der Schweiz (Heks) sind 2016 rund 71 Millionen Franken für Hilfsprojekte zugeflossen. Das sind 3,5 Prozent mehr als im Vorjahr. Die Zunahme um 2,4 Millionen Franken ist laut Heks besonders der Inlandarbeit und Legaten zu verdanken.

Fremdkaufen unattraktiver machen

Einkaufstouristen sollen die Mehrwertsteuer in der Schweiz zahlen – die Schaffhauser Parlamentarier sind sich uneins, ob dies wirksam ist gegen den Einkauf ennet der Grenze. Und beim Zoll ist man kritisch.

VON ANNA KAPPELER

SCHAFFHAUSEN Es ist, gerade in einem Grenzkanton wie Schaffhausen, ein heisses Eisen: das Thema Einkaufstourismus. Nun wollen Coop und Migros den Schweizern am Zoll die Mehrwertsteuer aufdrücken. Gemäss einem internen Arbeitspapier ihrer Interessengemeinschaft Detailhandel Schweiz, IGDHS, aus dem die «Schweiz am Wochenende» zitiert, wollen die Schweizer Grossisten «Fairness bei der Mehrwertsteuer».

Konkret wollen Migros und Co. die Zollverordnung um einen Nebensatz ergänzen. Heute steht darin, dass Waren im Wert bis zu 300 Franken zollfrei sind, sofern die Waren privat verbraucht oder verschenkt werden. Neu wären Waren bis zu einem Wert von 300 Franken zollfrei, «für welche nicht aktiv die Ausfuhr durch ein ausländisches Zollamt mittels amtlichen Siegels bestätigt wurde». Auf gut Deutsch: Schweizer, die sich die deutsche Mehrwertsteuer erstatten lassen, müssen neu zum Schweizer Zoll und die Schweizer Mehrwertsteuer zahlen. Damit wollen die Grossisten der Tatsache entgegenwirken, dass die Mehrwertsteuereinnahmen hinter dem Wachstum von Wirtschaft und Bevölkerung zurückbleiben.

«Habe grosse Sympathien»

Wie stehen die Schaffhauser Parlamentarier zur neu lancierten Idee der Grossisten? «Ich habe grosse Sympathien für diesen Vorschlag», sagt der parteilose Schaffhauser Ständerat Thomas Minder dazu auf Anfrage. «Dadurch würden Millionen in die Bundeskasse gespült.» Den Vorschlag gelte es zu prüfen, denn der Einkaufstourismus und der Onlinehandel bereiteten den Schaffhauser Detaillisten grosse Bauchschmerzen.

Ideen zu entwickeln, findet auch die Schaffhauser SP-Nationalrätin Martina Munz richtig, darüber habe sie sich mit



Migros, Coop und andere Schweizer Grossisten wollen das Einkaufen in Deutschland weniger attraktiv machen. Das Bild zeigt ein Ausfuhrformular am Zoll in Thayngen. Archibild Selwyn Hoffmann

Vertretern der Migros auch schon unterhalten. Ob dies nun die richtige Lösung sei, müsse geprüft werden. «Die Attraktivität für den Einkaufstourismus würde enorm verkleinert», so Munz.

«Das ist etwas heuchlerisch»

Der Idee kritisch gegenüber steht dagegen SVP-Nationalrat Thomas Hurter (SH). «Dieser Vorschlag bringt wenig. Die Leute gehen nach Deutschland einkaufen, weil die Produkte dort billiger sind und sie dann auch noch gleich zum Coiffeur und essen gehen.» Daran ändere der Vorschlag gar nichts. Einkaufstourismus sei inkonsequent, so Hurter, und dagegen gebe es nur eine Lösung: «Die Bürger müssen umdenken.» In der Schweiz hätten die Waren ihren Preis, weil sie Qualität und etwa beim Fleisch Richtlinien wie tiergerechte Haltung garantierten. Die Schweizer hätten höhere Löhne und müssten also bereit sein, sich die Qualität etwas kosten zu lassen. «Die Massnahme der Grossisten wird überbewertet, ist etwas heuchlerisch – und hätte erst noch einen höheren administrativen Mehraufwand beim Schweizer Zoll zur Folge», sagt Hurter.

Den Mehraufwand beim Zoll kritisiert auch Munz. Sie fragt sich, wer den administrativen Aufwand bezahlt. «Es würde am Zoll massiv mehr Personal brauchen. Heute rufen alle nach weniger Administration und weniger Bürokratie. Mit der vorgeschlagenen Massnahme müsste ein grosser administrativer Apparat neu aufgezogen werden», sagt sie. Gelassener sieht das Minder. Ob dafür mehr Leute eingestellt werden müssten und ob sich das finanziell lohnen würde, kann die Oberzolldirektion laut Minder leicht ausrechnen. «Doch auch wenn hierfür 100 oder 200 zusätzliche Zöllner angestellt werden müssten, wären wir gut beraten, dies zu prüfen», sagt er.

Mehr Arbeit beim Zoll

Wie viele zusätzliche Zöllner angestellt werden müssten, weiss der für Schaffhausen zuständige Grenzwachtkommandant Thomas Zehnder nicht. Die Administration aber würde sich laut Zehnder bei der Umsetzung des Vorschlags klar erhöhen. «In der Grenzwachtkorps-Region II wurden 2016 rund 150000 Zollabfertigungen gemacht. Bei momentan 11,2 Millionen

Stempelungen durch den deutschen Zoll würde sich unsere administrative Bürotätigkeit erheblich erhöhen – dies zum Teil für sehr kleine Einnahmen.» So wäre bei einem Lebensmitteleinkauf von 200 Franken eine Mehrwertsteuer von 2,5 Prozent und wären folglich nur gerade 5 Franken fällig. Leicht anders verhält es sich etwa bei Kleidungsstücken, wo der Mehrwertsteuersatz 8 Prozent beträgt. «Die heutige Wertfreigrenze von 300 Franken basiert auf verwaltungsökonomischen Überlegungen», sagt Zehnder. Es stellt sich die Frage, ob das für den Bund gewinnbringend sein kann.

Zehnder kritisiert nicht nur den Zusatzaufwand am Zoll, sondern auch die Idee der Grossisten grundsätzlich: «Ob mit diesem Vorschlag allein der Einkaufstourismus massgeblich verringert werden kann, ist nicht sicher. Unsere Erfahrungen zeigen, dass die Leute vor allem Produkte im Deutschen einkaufen, die deutlich günstiger sind als in der Schweiz.» Massgebend sei für viele die Preisdifferenz und nicht die Mehrwertsteuer.

Gestern nicht erreichbar war Ständerat Hannes Germann (SVP/SH).

Warum die Eritreer Mühe haben

Eritreischen Flüchtlingen fällt es schwer, in der Schweiz beruflich Fuss zu fassen. Gründe dafür sind neben der Sprachbarriere der Bildungshintergrund sowie die Sozialisation in einem totalitären Regime.

VON TOBIAS BÄR

BERN Anfang April luden Exil-Eritreer in die Rote Fabrik in Zürich. Diskutiert wurde unter anderem über das Bild, das die Medien von den hier lebenden Eritreern zeichnen. Dieses sei undifferenziert und entmutigend, hiess es. Eritreer würden als faul und nicht integrierbar bezeichnet.

Dass sich Flüchtlinge aus Eritrea schwertun mit der sozialen und beruflichen Integration, das ist allerdings eine Tatsache. So hielt die Fachstelle für Integrationsfragen des Kantons Zürich 2015 in einem Bericht fest, für anerkannte Flüchtlinge und vorläufig auf-

genommene Personen aus Eritrea seien die Chancen auf eine qualifizierte Anstellung gering und der Abschluss einer Berufslehre in der Schweiz «ein langer Weg».

Und auch die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache: Von 8350 als Flüchtlinge anerkannten Eritreern im erwerbsfähigen Alter waren Ende Februar lediglich 1650 erwerbstätig, das ergibt eine Erwerbsquote von rund 20 Prozent. Bei den vorläufig Aufgenommenen beträgt die Quote gar nur 16,4 Prozent. 2015 bezogen rund 84 Prozent der eritreischen Flüchtlinge, die sich in der finanziellen Zuständigkeit des Bundes befanden, Sozialhilfe. Die Zahlen sind zwar ernüchternd und liegen unter dem Durchschnitt aller Herkunftsländer. Die Erwerbsquote von anerkannten Flüchtlingen aus anderen wichtigen Herkunftsländern wie Syrien oder Afghanistan ist aber noch tiefer, die Sozialhilfequote noch höher.

Doch bei der Integration von eritreischen Flüchtlingen scheinen sich ganz

spezifische Probleme zu stellen. Die Mehrheit der befragten Sozialarbeiter stelle fest, dass die Eritreer zumindest zu Beginn sehr unselbständig seien, heisst es im Bericht der Zürcher Fachstelle für Integrationsfragen. Durch die Sozialisation in einem totalitären Regime sei das Gefühl für Selbstbestimmung und Eigenverantwortung weniger stark vorhanden als bei anderen Gruppen. Der Luzerner Regierungsrat Guido Graf (CVP) teilt diese Einschätzung: «Die Eigeninitiative ist zum Beispiel bei Personen aus Afghanistan stärker ausgeprägt.»

«Die Eigeninitiative ist zum Beispiel bei Personen aus Afghanistan stärker ausgeprägt.»

Guido Graf
Regierungsrat (CVP/LU)

lende Bildungshintergrund aufgrund des Nationaldienstes. Dieser ist für Männer und Frauen obligatorisch und dauert gemäss Gesetz 18 Monate. In der Realität sei der Dienst aber weiterhin zeitlich unbefristet und dauere meist mehrere Jahre, hielt das Staatssekretariat für Migration im vergangenen Jahr fest. «Durch den Nationaldienst verfügen die Personen aus Eritrea oft nicht über eine eigentliche berufliche Ausbil-

dung», sagt Tatjana Hulliger vom Sozialamt des Kantons Bern.

Integration erleichtern

Ron Halbright arbeitet eng mit Eritreern zusammen. Er leitet die Zürcher Sektion des National Coalition Building Institute (NCBI), das sich für die Integration von Ausländern einsetzt. «Ein grosses Problem ist die fehlende Integration während des Asylprozesses», sagt Halbright. Häufig kämen die eritreischen Flüchtlinge erst nach dem Asylentscheid in den Genuss von staatlichen Integrationsmassnahmen wie etwa Sprachkursen. Bis dahin seien die anfänglich sehr motivierten Eritreer aber oft bereits demotiviert und frustriert.

Nach positiven Erfahrungen in Zürich versucht das Bildungsinstitut NCBI nun auch in der Ostschweiz, die Integration von Eritreern mittels Unterstützung von ausgebildeten Landsleuten – sogenannten Brückenpersonen – voranzutreiben. Beteiligt sind Stadt und Kanton St. Gallen sowie Appenzell Ausserrhodens. Das Problem ist, wie so oft, das Geld: «Die Finanzierung ist eine riesige Herausforderung», sagt Halbright.